

Die indische Innenpolitik im Berichtsjahr

von

Joachim Betz

1 Überblick

Innenpolitisch war der Berichtszeitraum in Indien zunächst durch heftige Krisen geprägt, wobei spektakuläre Korruptionsfälle und -vorwürfe eine besondere Rolle spielten. Diese wurden in ihren Auswirkungen auf die regierende Koalition noch verstärkt durch Ausscheiden kleinerer Partner und sich bei den Landtagswahlen abzeichnende Rückgänge populärer Unterstützung. Freilich hat gerade die zunehmende Fragilität der Koalition dazu geführt, dass sich ihre Partner gegen Ende des Berichtszeitraumes – aus Furcht vor Neuwahlen, die der Kongresspartei wohl Vorteile gebracht hätten – wieder enger zusammenschlossen. Der innenpolitische und gesellschaftliche Konsens wurde auch gefördert durch die sich zuspitzende militärische Eskalation mit dem pakistanischen Nachbarn, der die Bekämpfung des Terrornetzwerkes in Afghanistan durch die USA und ihre Verbündeten zur Durchsetzung der eigenen außenpolitischen Agenda zu nutzen versuchte. Freilich schwelten innerhalb der Koalition die Konflikte mit niedrigerer Intensität weiter, stärker aber noch zwischen dem wichtigsten Koalitionspartner, der BJP und ihren militanten Vorfeldorganisationen. Dabei ging es um die endgültige Lösung der Frage eines Tempelbaus in Ayodhya, genauer darum, ob auch Hinduaktivisten sich an gerichtliche und politische Prärogativen zu halten haben. Die Auseinandersetzungen hierüber eskalierten im März 2002 zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, die sich aber weitgehend auf Gujarat beschränkten.

2 Die Schwächung der Regierung im Vorfeld der Landtagswahlen im Frühjahr

Das Jahr 2001 wurde eingeläutet – just zum Tag der indischen Unabhängigkeit (Republic Day, 26. Januar) – mit einem der schwersten Erdbeben der indischen Geschichte. Es forderte etliche Opfer unter an diesem Tag paradienrenden Schulkindern und machte etliche Kleinstädte im Bundesstaat Gujarat dem Erdboden gleich. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten hielten sich freilich in Grenzen, weil eine Welle der Solidarität von Indern inner- und außerhalb des Landes sowie von bi- und multilateralen Agenturen der Entwicklungszusammenarbeit mehr an Hilfestellung zusammenbrachte, als Schäden angerichtet worden waren. Hauptproblem war für das indische Katastrophenmanagement wie schon häufig, die Hilfe zeitgerecht und ohne übermäßige, korruptionsbedingte Schwundquote der Zielgruppe zukommen zu lassen. Damit zeigte sich vor allem die Landesregierung überfordert, während die Armee allgemein für ihren Kriseneinsatz gepriesen wurde. Deutlich wurde durch das Erdbeben, das besonders in Gebieten mit neu hoch gezogenen Wohnsilos verheerende Wirkung entfaltet hatte, dass die staatliche Bauaufsicht und -kontrolle sehr verbesserungsfähig sind. Es führte zumindest auch dazu, dass in Indien ein zentraler Katastrophenstab eingerichtet wurde.

Im März wurde Indien innenpolitisch vom sogenannten Tehelka-Skandal erschüttert, bei dem eine Equipe eines kleinen Telekommunikationsunternehmens einen Teil der politischen Klasse der Bestechlichkeit (zugunsten der Parteikassen) überführte. Unter Vorgabe eines einzufädelnden Rüstungsgeschäftes wurden hauptsächlich der Verteidigungsminister Fernandes, seine Lebensgefährtin und Präsidentin der SP, Jaya Jaitley, und BJP-Präsident Bangaru Laxman durch ehemalige Militärs der Korruptionsanfälligkeit überführt. Auf Videoband wurde festgehalten, wie sie größere Summen für ihre Partei als Kompensation für künftige Rüstungsaufträge entgegennahmen oder akzeptierten. Die drei genannten Personen mussten angesichts öffentlichen Aufschreis und der Blockade des Parlaments durch Dauerreden von Oppositionsabgeordneten von ihren Ämtern zurücktreten. Bei Verteidigungsminister Fernandes musste der Trinamool Congress mit der Drohung, die Koalition zu verlassen, dabei etwas nachhelfen. Später versuchte die Regierung ohne große Fortüne Entlastungsoffensiven in der Richtung zu starten, die Firma Tehelka habe die Evidenz manipuliert, Prostituierte als Lockvögel eingesetzt etc. Der moralische Flurschaden war jedenfalls erheblich und wurde noch erhöht durch die Tatsache, dass dem Skandal unmittelbar die Verurteilung des Expremierministers Narasimha Rao und seines früheren Innenministers Buta Singh (wegen Bestechung oppositioneller Abgeordneter) und die Verurteilung der Chefministerin von Tamil Nadu, J. Jayalitha, in zwei Korruptionsprozessen zu insgesamt fünf Jahren Haft vorausgingen.

Durch den Skandal wurde die Arbeitsfähigkeit des Parlaments und der Regierung zunächst nahezu vollständig blockiert; der Haushalt selbst konnte nur mit Mühe verabschiedet werden. Wirtschaftspolitisch war ansonsten Lähmung zu konstatieren (bei der Privatisierung, Arbeitsgesetzen und der Kürzung von Subventionen), was freilich von Innenminister Advani bestritten wurde. Da auch zwei Personen aus der Umgebung des Premierministers belastet worden waren, hatte auch dessen Prestige durch die Affäre heftig gelitten. Der Austritt Mamata Banerjees und ihres Trinamool Congress aus der Koalition, zwei Wochen vor den für diese Partei entscheidenden Landtagswahlen in Westbengalen, konnte zuletzt auch nicht verhindert werden. Dazu kam noch, dass ein kleinerer Partner der in Tamil Nadu regierenden DMK ebenfalls die Koalition verließ, deren absolute Mehrheit damit reichlich dünn wurde.

Ende April fanden Landtagswahlen in Assam, Westbengalen, Kerala, Tamil Nadu und Pondicherry statt. Premierminister Vajpayee, der kein besonderes Vertrauen in den Sieg seiner Partei und ihrer Koalitionspartner setzte, versuchte bereits im Vorfeld, ihre nationale Bedeutung herunterzuspielen. Dies war nicht ganz unberechtigt, weil die BJP in den fünf Staaten (mit Ausnahme von Assam) noch nie eine starke Stellung innegehabt hatte. Die Wahlen fanden unter vergleichsweise hoher Beteiligung (55-70%) statt und brachten in Assam und Kerala eine absolute, höher als erwartet ausfallende Mehrheit der Kongresspartei, während die BJP dort nahezu leer ausging. In Kerala erreichte die Kommunistische Partei, in Assam die regionale AGP ein achtbares Ergebnis. A.K. Antony, der neue Chefminister von Kerala, versprach eine investitionsfreundliche Politik, musste aber in sein Kabinett relativ zweifelhafte Figuren aufnehmen. In Pondicherry konnte die Kongresspartei fast die Mehrheit der Sitze erringen. Eher überraschend fielen die Ergebnisse in Tamil Nadu und Westbengalen aus. Im letztgenannten Staat hatten sich nach Zerbrechen des Plans, BJP, Kongresspartei und TC zu einer großen Allianz gegen die Kommunisten und ihre Partner zusammenzuschmieden, für den sich in der Kongresspartei vor allem die lokalen Kandidaten (gegen den Willen der Parteizentrale) stark machten, Absichten zur Bildung einer Allianz zwischen TC und Kongresspartei realisiert. Dies wurde durch die Tatsache leichter gemacht, dass der TC die Koalition im Zentrum verließ (s.o.), verlangte der Kongresspartei aber erhebliche Opfer bei der Benennung der Bündniskandidaten für den Wahlkampf ab. Der TC wiederum hatte den Verlust des dritten Partners leicht verschmerzen können, weil er glaubte, so seine Chancen bei den Muslimen besser wahren zu können. Das Wahlergebnis war für den TC dann doch ein rechtes Desaster, weil er mit ungleich mehr Kandidaturen als die Kongresspartei nur ein nicht wesentlich besseres Ergebnis einfuhr und im übrigen völlig von den linken Parteien dezimiert wurde.

Völlig überraschend war auch das Wahlergebnis in Tamil Nadu, wo die oppositionelle AIADMK mit ihrer in diverse Korruptionsprozesse verwickelten

und schon verurteilten (s.o.) Anführerin J. Jayalitha nicht nur mit weitem Abstand gegen die bisher regierende DMK siegte, sondern auch noch die absolute Mehrheit der Sitze kassierte. Nicht nur die Zahl ihrer kandidierenden Gefolgsleute mit krimineller Karriere musste bedenklich stimmen, auch die Tatsache, dass ihr vom Gouverneur sogleich (trotz vorheriger Verurteilung, die eine normale Kandidatur nicht zuließ) das Amt der Chefministerin angetragen wurde. Sie wurde am 14. Mai auch gleich vereidigt und zögerte nicht lange, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ihren verhassten Vorgänger Karunanidhi und etliche seiner Anhänger wegen relativ dürftiger Korruptionsvorwürfe einsperren zu lassen. Die Eile schien ihr wohl deswegen geboten, weil beim Obersten Gericht mittlerweile eine Entscheidung darüber anhängig war, ob sie den Posten der Chefministerin als Verurteilte überhaupt rechtmäßig einnehme. Nach diesen Vorgängen wurde der Gouverneur von der Zentralregierung abgelöst; ein kleinerer Partner der AIADMK verließ die Koalition in Tamil Nadu.

Als Ergebnis der Frühjahrswahlen wurde die Stellung der Kongresspartei zunächst deutlich gestärkt; sie regierte nun immerhin acht Bundesstaaten allein oder als dominanter Koalitionspartner; freilich traten ihre Allianzpartner nach den Wahlen entweder wieder der zentralen Koalition bei (wie der westbengalische TC) oder bedurften zur Regierungsbildung nicht der Mithilfe der Kongresspartei (wie die AIADMK). Immerhin zeigten die Bündnisse, dass der Kongress wieder bündnisfähig geworden war und einen Wechsel auch nicht in bisheriger Selbstüberschätzung allein durchzusetzen bestrebt war. Schon nach dem Tehelka-Skandal, der für die Kongresspartei natürlich ein Himmels Geschenk war, kam in der Partei eine Diskussion mit der Zielrichtung in Gang, eine weniger rigide Haltung in der Koalitionsfrage einzunehmen, um Partner aus der regierenden Koalition herauszulösen. Gleich danach waren Kontakte mit dem Führer der Janata Dal, Sharad Pawar, geknüpft worden. Auf der 81. Sitzung des Allindischen Kongresskomitees im April verlautbarte, die Kongresspartei werde eine proaktive Rolle bei der Wiederherstellung säkularer Politik in Indien spielen. Eine einheitliche Linie bei der Frage, ob das impliziere, die jetzige Regierung vorzeitig zur Aufgabe zu zwingen, war aber offenkundig nicht erreichbar. Die Führung der Kongresspartei versuchte offenbar, Rücksicht auf die Mittelschicht zu nehmen, der man einen Sturz der Regierung nicht zumuten wollte, Teile der Partei waren aber der Ansicht, man müsse potenziellen Allianzpartnern schnell ein starkes Signal geben. Immerhin setzten sich Bestrebungen zur Selbstreinigung der Partei durch. Sonia Gandhi entließ ihren Privatsekretär Vincent George, eine mächtige und in der Partei nicht ganz unkontroverse Figur. Anlass war, dass die zentrale Ermittlungsbehörde eine Untersuchung wegen unverhältnismäßig hohen Vermögens gegen ihn eingeleitet hatte. Auch der Parteipräsident von Karnataka musste wegen Bestechlichkeit entlassen werden.

Die Regierungsfähigkeit der nationalen Allianz unter Führung der BJP litt im Fortgang weiter unter der Verärgerung eines wichtigeren Partners, der SP, in der Exverteidigungsminister George Fernandes eine wichtige Rolle spielte. Die SP-Regierung im an sich vergleichsweise bedeutungslosen Unionsstaat Manipur war mit Hilfe der BJP-Abgeordneten abgewählt worden – als Folge eines äußerst komplizierten Ränkespiels, bei dem die Umleitung zentralstaatlicher Subsidien zur Gewinnung neuer Gefolgsleute der Regierung eine wichtige Rolle spielte. Die SP verlangte von ihrem zentralstaatlichen Partner ultimativ Abhilfe und die Wiedereinsetzung der vormaligen Regierung, andernfalls werde sie die zentrale Koalition verlassen. Dieser Theaterdonner war wirksam; die BJP ließ verlauten, sie wolle nicht die Regierung in Manipur übernehmen, der Premierminister schickte zwei Emissäre zur SP, nachdem George Fernandes den Koalitionsausschuss boykottiert hatte. Kurze Zeit später wurde Waffenstillstand verkündet. Diese und nachfolgende Vorfälle zeigten aber, dass die Regierung und speziell der Premierminister nur noch begrenzt politikfähig waren. Premier Vajpayee wurde im Frühsommer absolute Amtsmüdigkeit nachgesagt, und es wurde kolportiert, er habe vor der Fraktion das Handtuch werfen wollen, sich aber noch einmal überreden lassen. Es hieß, er finde sich selbst zu alt und seine Popularität im Sinken begriffen. Kritiker bemängelten die schlampiger werdende Amtsführung und schlechte Vorbereitung, sichtbar etwa beim indisch-pakistanischen Gipfel in Agra, bei dem Präsident Musharaf der indischen Seite die Schau zu stehlen drohte.

3 Interne Folgen des globalen Antiterrorkampfes

Noch bis zum Hochsommer verschlechterten sich Lage und Zusammenhalt der Zentralregierung, danach trat eine gewisse Entspannung ein. Die erste Phase war bestimmt durch Versuche des BJP-Bildungsministers, unter Federführung der dafür bestimmten zentralen Kommission neue Geschichtsbücher für den Unterricht der sekundären Mittelstufe einzuführen, die stärker die Sichtweise hindunationaler Kreise reflektierten, und überdies das Fach vedische Astrologie in den Hochschulen zu verankern. Selbst die Bündnispartner der BJP sahen darin nur mäßig verhüllte Versuche zur „Safranisierung“ des Bildungswesens und kündigten an, diese Initiativen in den von ihnen regierten Unionsstaaten nicht umzusetzen. Im späten August kündigte Farooq Abdullah dann auch noch an, die Koalition verlassen zu wollen, weil der Premierminister despektierliche Bemerkungen über die Fälschung der Kommunalwahlen in Kaschmir gemacht habe. Dieser bezeichnete alles als ein Missverständnis. Im Spätsommer begann sich die Lage für die Regierung aber schon wieder zu entspannen; der TC kehrte nach kontroverser Diskussion in die Koalition

zurück, ebenso die tamilische Splitterpartei Pattali Makkal Katchi (PMK). Durch die Rückkehr des TC in die Koalition wurde auch der Weg für die vorzeitige Wiederaufnahme von George Fernandes ins Kabinett geöffnet. Dessen Stellung war zwischenzeitlich zugunsten seines Rivalen, des Eisenbahnministers Nitish Kumar, erheblich geschwächt worden. Die eingesetzte Untersuchungskommission im Tehelka-Skandal arbeitete so langsam, dass dies dem Premierminister die Handhabe gab, Fernandes vor vollständiger Entlastung im Oktober wieder aufzunehmen. Die Opposition ergriff die Gelegenheit, um während seiner ersten Rede im Parlament den Saal zu verlassen und strengte einen Misstrauensantrag gegen ihn an, um ihn moralisch zu schädigen. Die Lage der Regierung stellte sich aber nun insgesamt wieder deutlich besser dar.

Das bedeutete freilich nicht, dass sie alle ihre Vorhaben problemlos durchs Parlament gebracht hätte. Dagegen stand bereits die oppositionelle Mehrheit im Oberhaus, eine Mehrheit, die sich mit den Neuwahlen 2002 von einem Drittel seiner Mitglieder weiter verstärken wird (die Mitglieder werden von den Landtagen gewählt). Symptomatisch für die politische Blockade waren die Debatten um das Bildungswesen und das Antiterrorgesetz (POTO) in der zweiten Jahreshälfte 2001. Die Kontroverse um das Bildungswesen innerhalb der Koalition wurde schon angesprochen; für die Opposition war klar, dass die BJP mit ihrer Bildungsreform ihre hindunationale Agenda durchsetzen wollte. In den Universitäten regte sich nun auch Widerstand gegen die Pläne von Bildungsminister Modi (BJP), die ihnen nach ihrer Meinung einen Rückschritt an wissenschaftlicher Glaubwürdigkeit bringen würden. Die Opposition beschuldigte die Regierung im Oberhaus der geplanten Talibanisierung der Bildung. Wütende Debatten nach dieser Äußerung zwangen dazu, die Verhandlungen für einen Tag auszusetzen. Die Befürchtungen hinsichtlich der kulturpolitischen Ziele der BJP und ihres Umfeldes verstärkten sich, als der Hinduweltrat (VHP) im September 2001 seine Absicht bekundete, unabhängig vom Ausgang des Gerichtsverfahrens im März 2002 mit dem Bau eines Tempels auf dem Gelände der zerstörten Moschee in Ayodhya zu beginnen. Äußerungen des Premierministers, er stehe sowohl mit VHP- wie mit Führern zentraler Muslimgruppen in Diskussion und bis März könne die Sache konsensual gelöst werden, wirkten angesichts dieser Entschlossenheit nicht sonderlich beruhigend. Zu Recht, wie die Entwicklung zeigen sollte.

Der amerikanische Krieg gegen den Terrorismus trug auch zur Kontroverse über die Wahrung der bürgerlichen Freiheiten in Indien bei. Am 24. Oktober wurde nach dem Anschlag auf das Landesparlament in Srinagar (Kaschmir) die Prevention of Terrorism Ordinance erlassen. Diese gab den staatlichen Behörden umfangreiche Vollmachten bei der Aufspürung und zur Inhaftierung terrorismusverdächtiger Personen sowie bei der Beschlagnahmung von deren Vermögen. Zudem hätte sie Journalisten auskunftspflichtig gemacht und Aussagen von Polizisten vor Gericht als Beweismittel eingesetzt. Die Kongresspar-

tei sah die Verordnung als mögliches Instrument, um oppositionelle Muslime (insbesondere bestimmte studentische Gruppen) bei den anstehenden Landtagswahlen in Uttar Pradesh zu terrorisieren. Die Verordnung hätte eigentlich noch vor Ende der Parlamentssitzungen als Gesetz verabschiedet werden müssen. Das freilich verhinderte die Opposition kleinerer Koalitionspartner und insbesondere der Kongresspartei im Oberhaus, obwohl die Regierung einige kosmetische Korrekturen am Entwurf konzedierte (Auskunftspflicht der Journalisten). Die Debatte um das Antiterrorgesetz diente auch in den nächsten Monaten zur gegenseitigen Profilierung von Kongresspartei und BJP vor der nächsten Runde der Landtagswahlen. Nach Absetzung von der Agenda des Parlaments versuchte die Regierung die Strategie der Kongresspartei als durchsichtiges Wahlmanöver (zur Schonung ihrer Stimmenbank bei den Muslimen in Uttar Pradesh) zu geißeln und befürwortete eine Allparteienkonferenz zur Beratung des Gesetzes. Die Kongresspartei warf der Regierung dagegen vor, sie solle taktisch für das Scheitern eines illiberalen Gesetzes und die fortwährende Gefährdung der inneren Sicherheit verantwortlich gemacht werden.

Der terroristische Angriff auf das indische Parlament am 13. Dezember brachte die Kontrahenten allerdings wieder stärker zusammen. Bei diesem dreisten Anschlag, hinter dem wohl zwei in Pakistan beheimatete und lange vom dortigen Geheimdienst ausgehaltene radikale Gruppen standen, wurden elf Menschen getötet, Schlimmeres wurde nur durch das beherzte Eingreifen der Sicherheitskräfte und mangelnde Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten bei den Terroristen verhindert. Die innenpolitische Debatte kreiste denn auch nicht um die Frage der Terroristenbekämpfung an sich, sondern allenfalls um die Frage, ob diese grenzüberschreitend auf pakistanischem Gebiet verfolgt werden sollten. Hierbei setzte sich der besonnene Premierminister gegenüber seiner radikaleren Umgebung in der Partei durch. Eine Verfolgung auf pakistanischem Territorium hätte seiner Meinung nach nur wieder die Allianz zwischen terroristischen Gruppen und pakistanischer Regierung gefestigt, von denen sich Letztere unter dem Druck der Ereignisse und von amerikanischer Seite gerade losgesagt hatte.

4 Konflikte um den geplanten Tempelbau

Die nächsten Monate waren geprägt von Kampagnen im Vorfeld der nächsten Landtagswahlen, insbesondere aber auch von einer weiteren Verhärtung hinduradikaler Organisationen in der Frage des Tempelbaus in Ayodhya, die als Spätfolge zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Muslim- und Hindugruppen, insbesondere im Bundesstaat Gujarat, führten. Die BJP versuchte beim schon lange avisierten Tempelbau durch radikale Hinduaktivisten viel zu lange hinhaltend zu taktieren. Der BJP-Präsident Krishnamurti und die Partei in der Regierung gaben Ende des Jahres mehrfach zu verstehen,

man wolle sich bei der Lösung der Tempelfrage an den (schon lange ausstehenden) Urteilsspruch des Obersten Gerichtshofes halten, sei im Übrigen durch die Koalitionspartner an einseitiger Parteinahme zugunsten der Hindus gehindert; der Hinduweltrat (VHP) dagegen beharrte auf seinem Standpunkt, beim Tempelbau gehe es um eine Frage von Leben und Tod, jenseits juristischer Feinheiten. Der VHP drohte der Regierung unverhüllt, sie werde sich auch von Sicherheitskräften beim Baubeginn nicht stoppen lassen, nahm also auch prospektive „Märtyrer“ ihrer Sache in Kauf und forderte die Regierung dringend auf, ihr das Land schon vor dem Urteilsspruch zu übergeben. Als Beginn des Tempelbaus wurde Mitte März 2002 avisiert. Vermittlungsversuche des ansonsten nicht sonderlich moderaten RSS scheiterten.

Bevor die Ereignisse eskalierten, fanden Ende Februar 2002 erst einmal die Landtagswahlen in fünf Bundesstaaten statt. Insgesamt brachten sie der BJP massive Verluste, hauptsächlich in ihren einstmaligen städtischen Hochburgen. Im Punjab errang die Kongresspartei einen deutlichen Sieg; dort wurde ihr Parteichef Amarinder Singh alsbald als neuer Chefminister vereidigt. Gleiches geschah im gerade erst neu geschaffenen Unionsstaat Uttaranchal, während in Manipur die Kongresspartei nur mit Hilfe kleinerer Regionalparteien, die fast die Hälfte der Sitze gewannen, eine regierungsfähige Mehrheit zustande bringen konnte. Besonders enttäuschend für die BJP war auch das Wahlergebnis in Uttar Pradesh, wo Prognosen noch ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SP vorausgesagt hatten, die freilich dann mit deutlichem Abstand siegte. Der Führer der SP, Mulayam Singh Yadav, konnte jedoch trotz vollmundiger Ankündigungen keine Mehrheit zustande bringen (die lokale Kongresspartei verweigerte sich), der Bundesstaat wurde daraufhin der Zentralverwaltung unterstellt (s.u.). Die BJP übte sich in moralischer Schadensbegrenzung und gab zu verstehen, die Wahlen hätten auf die Regierungsfähigkeit auf zentraler Ebene keine Auswirkung, seien im Übrigen auch kein eigentlicher Test der Regierung in Neu-Delhi gewesen.

Gleich nach den Wahlen setzten radikale Hindugruppen unverdrossen ihre Bestrebungen fort, den Tempelbau Mitte März 2002 zu starten. Täglich wurden Tausende von Freiwilligen nach Ayodhya gebracht, wobei die indischen Eisenbahnen dieses Tun auch noch durch den Einsatz von Sonderzügen unterstützten. Appelle der Muslimgruppen, die Versammlung der Aktivisten aufzulösen, blieben ungehört. Ende Februar kam es dann zum Eklat: Ein aus Ayodhya zurückkehrender Zug mit Aktivisten wurde von radikalen Muslimen (nachdem diese provoziert worden waren) im Bundesstaat Gujarat nahe Ahmedabad angegriffen und in Brand gesteckt, 58 Menschen fanden dabei den Tod. Der für den nächsten Tag von der VHP ausgerufene nationale Protesttag führte zu schweren Ausschreitungen in den Städten, die sich allerdings auf Gujarat konzentrierten. In diese gewalttätigen Konflikte schaltete sich die Landespolizei trotz Ausgehverbotes erst viel zu spät ein. Erst nachdem die

Armee eingesetzt und ein Ausgehverbot in allen größeren Städten erlassen und durchgesetzt worden war, konnte die Lage einigermaßen unter Kontrolle gebracht werden. Der Zugang nach Ayodhya wurde praktisch abgeriegelt, die Stadt sollte bald einer Festung ähneln. All dies, nachdem die Ausschreitungen über 500 Tote gefunden hatten. Schlimmer noch: Nach Polizeiberichten gehörten BJP- und VHP-Aktivisten zu den Anführern des Mobs, die Muslime ermordeten oder deren Häuser in Brand steckten. Die Tatsache, dass eine von der BJP geführte Landesregierung durch offenkundige Passivität den Tod Hunderter mit verursacht hatte, führte denn auch folglich zur Forderung der Opposition, Gujarat der Zentralverwaltung zu unterstellen. Aufgrund dieser heiklen Lage sah sich denn die BJP genötigt, einen Friedensappell aller Parteien zu unterzeichnen und ihren Ruf als Wahrerin der Ordnung wiederherzustellen. Nicht ohne Wirkung, denn die zunächst intransigenten Hinduaktivisten erklärten sich unter Druck bereit, den Baubeginn zu verschieben, wenn die Zentralregierung eine Art Gottesdienst auf dem umstrittenen Tempelgelände erlaube. Dies geschah, vorsorglich wurden aber der Staat Uttar Pradesh (in dem der geplante Tempel liegt) der Zentralverwaltung unterstellt, 18.000 Aktivisten vorsorglich festgenommen und Dutzende von Fahrzeugen zur Verhaftung eventueller Gesetzesbrecher in Stellung gebracht. Die angekündigte symbolische Grundsteinlegung am 15. März verlief daher ausgesprochen friedlich.

5 Kaschmir und der indische Nordosten

Die separatistischen Konflikte im indischen Nordosten schwelten im Berichtszeitraum weiter. Im Juni hatte die Zentralregierung mit der größten terroristischen Gruppe in Nagaland einen Waffenstillstand ausgehandelt. Nicht beteiligte Gruppen veranstalteten daraufhin in der Landeshauptstadt gewalttätige Proteste, bei denen auch der Landtag angezündet wurde. Die Unruhen zwangen die Zentralregierung zum Einsatz der Armee. Den Rebellengruppen ging es auch um die Realisierung ihres Traums von einem „Groß-Nagaland“, d.h. der Integration jener Gebiete umliegender Unionsstaaten, in denen die Nagas eine Bevölkerungsmehrheit bilden. Die Unruhen hatten sich daher auch auf Manipur ausgedehnt, dem von eventuellen Expansionsplänen der Nagas potenziell am meisten betroffenen Bundesstaat.

Die Lage in Kaschmir spitzte sich im Jahresverlauf 2001 wieder deutlich zu. Nach dem mehrmals verlängerten, einseitigen Waffenstillstand der Regierung hatten die militanten Gruppen die Zahl ihrer Anschläge deutlich gesteigert. Die Spaltung dieser Gruppen gelang der Regierung nicht; diese begannen, ihre Lager wieder mehr in die Nähe der Städte zu verlegen und ihre Kader zu reaktivieren. Steigende Verluste machten die indischen Militärs ungeduldig. Im Juni kündigte die Regierung an, dass sie ihre Offensivoperationen wieder

aufnehmen werde, gleichzeitig allerdings mit einer Einladung an den pakistanischen Präsidenten Musharraf zu einem Gipfelgespräch und der Entsendung des Emissärs K.C. Pant zu Verhandlungen mit gemäßigten Rebellen Gruppen. Diese verweigerten sich aber dem Dialog und beharrten auf dreiseitigen Verhandlungen (unter Einschluss der pakistanischen Regierung). Nach dem gescheiterten indisch-pakistanischen Gipfel in Agra intensivierten sie ihre Überfälle weiter mit dem offensichtlichen Ziel, die Hindus aus dem Kaschmirtal vollends zu vertreiben. Offenbar nahm auch der Anteil ausländischer Söldner unter den Terroristen zu. Das zeigten auch die Anschläge auf das Parlament in Srinagar und das Unterhaus in Neu-Delhi, die auf das Konto zweier Gruppen in enger Verbindung zu Bin Laden gingen. Diese Anschläge hatten das Ziel, die sich verbessernden pakistanisch-amerikanischen Verbindungen im Zusammenhang mit dem Aufbau einer internationalen Antiterrorallianz zu stören. Der Kaschmirkonflikt wurde nach den Ereignissen vom 11. September zwangsläufig internationalisiert: Die indische Seite versuchte Geländegewinne zu erreichen, indem sie die Rebellen Gruppen in einen engen Zusammenhang mit dem (von pakistanischer Seite gesponserten) internationalen Terrorismus brachten, die pakistanische Regierung profitierte davon, dass die USA auf sie als Plattform im Antiterrorkampf stärker angewiesen war als auf Indien.

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung in L^AT_EX auf Linux: Ruth Cordes, Dörthe Riedel
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-280-8
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2002

CIP-Titelaufnahme:

<p>Indien 2002. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft/ hrsg. von Werner Draguhn. – Hamburg : IFA, 2002. – 428 S. ISSN 1436-1841 ISBN 3-88910-280-8</p>



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa. Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).